

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 489

Mittwoch, 13. Juli 2011

17. Jahrgang

## SITRAPETEN – Drei Jahre Protest für Nichts?

*Seit Mai 2007 konnte man im Parque Central gegenüber des ehemaligen Regierungs- und heutigen Kulturpalastes ein eigenartig anmutendes Gebäude betrachten: das Blechhaus der entlassenen ArbeiterInnen der Firma Agua Salvavida S.A. Dieses Häuschen stellte einen friedlichen Protestakt dar, um die ungerechte Entlassung von GewerkschafterInnen anzuklagen und die fehlende Unterstützung durch das Arbeitsministerium und die verschiedenen juristischen Instanzen ins Licht zu rücken – letztendlich auch durch das Verfassungsgericht, welches am 12. Mai diesen Jahres die letzte Hoffnung auf Gerechtigkeit nahm. Der folgende Text basiert auf Artikeln und Interviews der internationalen Begleitorganisation ACOGUATE ([acoguate.blogspot.com](http://acoguate.blogspot.com)) sowie auf Meldungen, die auf den Internetseiten von FESTRAS (Guatemaltekisches Gewerkschaftsbündnis der ArbeiterInnen der Nahrungsmittel- und Agroindustrie) und [albedrio.org](http://albedrio.org) zu finden sind.*

Mehrere ArbeiterInnen der Firma *Distribuidora del Petén S.A.*, Tochterfirma des Trinkwasserunternehmens *Agua Salvavida*, das wiederum der *Corporación Castillo Hermanos* gehört, versuchten im Februar 2007 eine Gewerkschaft zu gründen und reichten beim Arbeitsministerium den entsprechenden Antrag ein. Ziel der Gewerkschaftsgründung war es, die Position der ArbeiterInnen gegenüber der Firma zu stärken und ihre ArbeiterInnenrechte einzufordern (angemessener Lohn und Arbeitszeiten, da sie 15 Stunden ohne Mindestlohn oder Zahlung von Extrastunden arbeiteten und dies an sechs Tagen in der Woche; Zwang unter Entlassungsdrohung an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten, unsichere Arbeitsplätze etc.).

Gemäss den Mitgliedern der sich bildenden Gewerkschaft SITRAPETEN gab das Arbeitsministerium bei jedem der insgesamt fünf Versuche, die Gewerkschaft in jenem Ministerium einzuschreiben, die Namen der auf den Listen stehenden GewerkschafterInnen an die Firma weiter. Diese reagierte mit Repression, z.B. durch Drohungen und Entlassung, erzwungener „freiwilliger“ Arbeitsaustritt, Todesdrohungen oder Besuchen bei den Familien der GewerkschafterInnen. Durch diese Einschüchterungen zogen sich bis an die 50 Mitglieder der zukünftigen Gewerkschaft zurück, und letztendlich kamen die 20 zur Einschreibung nötigen Mitglieder mehrmals nicht zusammen, was den Gründungsprozess arg behinderte.

Am 3. Mai 2008 wurden alle ArbeiterInnen der *Distribuidora del Petén S.A.* zu einem Treffen geladen. Dort gab man bekannt, dass die Firma ihre Pforten schliesse. Alle mussten ihren Arbeitsrücktritt unterschreiben, und gleichzeitig bot man jedem/r einen neuen Arbeitsvertrag in anderen Unternehmen der *Corporación Castillo Hermanos* an. Diese Gesellschaft beschäftigt sich neben dem Wasserhandel ebenfalls erfolgreich mit dem Bierhandel (Eigentümerin der Brauereien *Cerveza Gallo*, *Cerveza Dorada Ice*, *Cerveza Cabro*), mit verschiedenen weiteren Nahrungsmittel- und Getränkeprodukten und mit dem Bankenwesen (Eigentümerin der *Banco Industrial* und *Banco G&T Continental*). Die neuen Arbeitsverträge wurden natürlich jenen GewerkschafterInnen nicht angeboten, die sich weigerten, ihren Rücktritt zu unterschreiben. Ihnen war klar, dass die ganze Aktion einzig das Ziel hatte, die Gewerkschaftsgründung zu unterbinden.

Ironischerweise erreichte SITRAPETEN ihre offizielle Einschreibung als Gewerkschaft nur wenige Tage später. Die Verzögerung der Einschreibung im Arbeitsministerium lag laut Gewerkschaftsmitgliedern an dem Druck, den die Firma ausübte. So konnte die *Distribuidora del Petén* den Zeitaufschub dazu nutzen, um vier Tage vor Anerkennung der Gewerkschaft den Bankrott zu erklären ...

### **Auf der Suche nach Gerechtigkeit: das Leben in einem Blechhaus**

Am Tag der Entlassung begaben sich die 42 gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen wie jeden Tag zu ihrem Arbeitsplatz. Allerdings wurden einige bei ihrem Eintreffen von Sicherheitsleuten aufgehalten und konnten nicht eintreten, andere wurden auf dem Gelände festgehalten, gequält und erst am nächsten Tag gegen 16 Uhr freigelassen. Um ihre GenossInnen zu unterstützen und um gegen das Vorgehen der Firma zu protestieren, blieben einige vor der Firma versammelt – mit dem Ergebnis, dass einige Stunden später 200

PolizistInnen und weitere 200 Privatsicherheitsleute anrückten und sie vertrieben. Mehrere Personen wurden dabei verletzt und stellten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Ermittlungen blieben bisher aus.

Die nun Vertriebenen entschieden daraufhin, im *Parque Central* ihre Protestzelte aufzuschlagen. 28 Gewerkschaftsmitglieder (zwei davon wurden bis dato ermordet, u. a. verlor Freddy Morales Villagrán am 8. Juni 2009 sein Leben) bauten ein Häuschen aus Wellblech – ihr neues Zuhause. Sie protestierten auf friedliche Weise gegen die Missachtung ihrer Rechte als Menschen und ArbeiterInnen. Dies ging 15 Monate lang mehr oder weniger gut. Ab und zu wurden sie bedroht oder bekamen finanzielle Angebote von der Firma, um die Gewerkschaft aufzulösen.

Am 9. Dezember 2009 bekamen sie Besuch von der Polizei und einem anscheinend in dem Fall nicht zuständigen Richter, der ihnen die Nachricht überbrachte, dass sie geräumt werden, wenn sie nicht freiwillig gingen – allerdings ohne offizielle Dokumente. Die Mitglieder von SITRAPETEN antworteten darauf, dass sie nur ihr verfassungsmässiges Recht auf Protest ausübten. Noch in der gleichen Nacht wurden sie gewaltsam geräumt, mit Hilfe von über 120 Polizeikräften, Pfeffersprays und Tränengasbomben und unter nationaler und internationaler Beobachtung.

Nach dieser ersten Räumung gaben die Leute von SITRAPETEN aber nicht auf. Mit der Unterstützung von weiteren Organisationen nahmen sie erneut ihren alten Raum in Beschlag. Allerdings wurden sie ein weiteres mal von der PNC geräumt. Unnötig zu erwähnen, dass dies ebenfalls auf gewaltsame Weise geschah. Grund der dringenden Räumung war anscheinend ein Fernsehsendung, welches sich im *Parque Nacional* abspielen sollte. Danach konnten sich die Leute von SITRAPETEN ohne grössere Umstände oder Beachtung wieder einquartieren.

### **Auf der Suche nach gerichtlicher Justiz: ein Weg ohne Erfolg**

Während der drei Jahre des Protestwohnens in zentralster Lage versuchte SITRAPETEN vor verschiedenen Instanzen in diesem Fall von Arbeitsrechtsverletzung Genugtuung zu bekommen. Dabei durchliefen sie folgende Stationen:

- Das Arbeitsministerium machte eine Inspektion in der Firma *Distribuidora Primordial S.A.* (die den Platz von *Distribuidora del Petén S.A.* einnahm) und konstatierte, dass nur ein Besitzerwechsel, nicht aber eine Schliessung der *Distribuidora del Petén S.A.* vorliegt, und damit die Entlassungen illegal sind.
- Daraus folgend kam der Fall vor das Arbeitergericht. Dieses entschied im Februar 2009, dass die ArbeiterInnen wieder eingestellt werden müssen. Die Firma legte Einspruch ein, dem das Einspruchsgericht am 7. Mai 2009 stattgab.
- Deshalb legte nun wiederum die Gewerkschaft Einspruch ein, und der Fall landete vor dem Obersten Gerichtshof, der wieder zugunsten der Firma entschied.
- Demzufolge kam der Fall vor das Verfassungsgericht, der höchsten Instanz, welches am 12. Mai 2011 ebenfalls zugunsten der Firma entschied.
- Das im Freihandelsabkommen mit den USA enthaltene Kapitel über Arbeitsrechte stellte die Grundlage für eine internationale Anklage gegen den Staat Guatemala dar, da die Rechte der guatemaltekischen ArbeiterInnen nicht anerkannt wurden. Der Fall wird nun auch von der Regierung der Vereinigten Staaten Nordamerikas untersucht.
- Auf internationaler Ebene wurde ebenfalls Unterstützung gesucht. So präsentierte die *Guatemaltekische Gewerkschafts-, Indigenen und BäuerInnenbewegung* (MSICG) eine Klage bei der *Internationalen Arbeitsorganisation* ILO. Die *Internationale Gewerkschaftskonföderation* und die *Amerikanische Gewerkschaftskonföderation* äusserten sich gleichfalls über die Missachtung des Staats Guatemala.

### **Ist der Entscheid des Verfassungsgerichts nun das Ende?**

Laut Anwälten von FESTRAS ist der Beschluss vom Verfassungsgericht vom 12. Mai 2011 gleichbedeutend mit der Nichterreichung ihrer Ziele. „Wir verlangten die Wiedereinstellung der SITRAPETENs in einer der Firmen der Brüder Castillo. Das haben wir nicht erreicht, da das Verfassungsgericht nicht von Entlassung redet, sondern von der Schliessung der Fabrik. Immerhin wird anerkannt, dass die Leute ein Anrecht auf Entschädigung haben, und ihnen somit ihre ausstehenden Löhne bezahlt werden müssen.

Das Verfassungsgericht ist die oberste Instanz, weiter können wir nicht gehen. Das Justizsystem Guatemalas hat aufgezeigt, dass die Rechte der ArbeiterInnen nicht geschützt sind. Firmen können tun und lassen, was sie wollen, ohne dabei Schaden zu nehmen. Denn als die *Distribuidora del Petén* schloss, gingen die kommerziellen Aktivitäten der Firma normal weiter, allerdings ohne Gewerkschaft und unter dem neuen Namen *Distribuidora Primordial*. Diese Substitution wurde vom Arbeitsministerium bestätigt. Und damit müsste die Firma, wenn auch mit neuen Namen, die Rechte der ArbeiterInnen weiterhin respektieren, wie z.B. das Recht auf Gewerkschaftszugehörigkeit oder auf Wiedereinstellung ... Der Markt zählt allerdings mehr als die Rechte der Menschen.“

Wenn man die direkt Betroffenen befragt, so bedeutet die Entscheidung nicht nur einen beruflichen Rückschlag. Edwin Álvarez, Generalsekretär von SITRAPETEN, sagte in einem Interview mit ACOGUATE am 28. Juni 2011, dass „mich der ganze Fall persönlich getroffen hat. Ich glaubte, Gerechtigkeit erreichen zu können. Aber letztendlich ist es so, wie alle sagten: es gibt keine Gerechtigkeit in Guatemala. In Guatemala gelten nicht die

*Gesetze, sondern mit Geld bezahlte Gefallen und die Strafflosigkeit. Laut Gesetz muss ein Gericht in maximal 24 Stunden über die Wiedereinstellung der ArbeiterInnen entscheiden. Wir sitzen hier schon seit drei Jahren. Das Verfassungsgericht entschuldigt sich damit, dass die Entscheidung von den vorherigen StaatsanwältInnen getroffen wurde, diese ihm aber nicht übermittelt hatten. Das taten nun die neuen, die aber gleichzeitig angaben, dass sie mit der ganzen Sache ansonsten nichts weiter zu tun haben. Alle haben sie also saubere Hände. Wir werden als Gewerkschaft weiterkämpfen. Wenn es in Guatemala keine Gerechtigkeit gibt, muss man sehen wo und wie man sie sonst bekommt, damit dieser Fall nicht straflos bleibt.“*

### **Alfonos Bauer Paiz, der „letzte Revolutionär“, ist tot**

**Guatemala, 10. Juli.** Am Sonntag ist Alfonso Bauer Paiz nach mehrmonatiger medizinischer Behandlung im Spital der Guatemalteken Sozialversicherung IGSS gestorben. Nachdem eine Lungenentzündung vor einigen Wochen erfolgreich behandelt werden konnte, setzte nun ein Herzinfarkt seinem Leben ein Ende. Bauer Paiz feierte noch im letzten April seinen 94. Geburtstag. 94 Jahre, die die Geschichte Guatemalas mitprägten: von der Gründung der Arbeitergerichte bis zur Einführung einer Sozialversicherung – Poncho Bauer war dabei. Er war Arbeits- und Wirtschaftsminister unter der Regierung von Juan José Arévalo und zweimal Kongressabgeordneter. 1954 musste er ins Exil nach Chile, Kuba und Nicaragua und Mexiko gehen. Auch dort arbeitete er als Berater der jeweiligen linken Regierungen. In Mexiko engagierte er sich auch als Anwalt für die guatemalteken Flüchtlinge und ihre Rückkehr ins Heimatland. Zurück in Guatemala Über Bauer Paiz zu sprechen sei „über den Kompromiss einer ganzen Epoche zu sprechen“, sagte Miguel Angel Sandoval. „Poncho ist eine ethische Referenz nicht nur für die Linke, sondern für alle, die überzeugt Politik oder so soziale Arbeit machen“.

### **Ferraté verlässt aus Gesundheitsgründen das Kabinett**

**Guatemala, 30. Juni.** Der Umweltminister Luis Ferraté war neben Aussenminister Haroldo Rodas das letzte verbliebene Kabinettsmitglied der ersten Stunde der Regierung Colom und amtierte entsprechend seit dessen Amtseinstellung im Januar 2008. Nun ist er aus Gesundheitsgründen zurückgetreten – und gleichzeitig mit der höchsten staatlichen Ehrung, dem Quetzal-Orden ausgezeichnet worden. Bereits im April hatte der an Bronchopneumonie (Lungenentzündung) leidende Minister seinen Rücktritt eingereicht, Colom hatte ihn aber nicht angenommen.

Ferraté, inzwischen über 70 Jahre alt, gehörte in den 1970er Jahren zu den Gründern der Umweltbewegung in Guatemala. Er ist Geograph und Naturphilosoph, war von 1981 bis 2001 im Exil und arbeitete für die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB). Ferraté selbst hat eine Finca in der Zona 16 der Hauptstadt und bewirtschaftet diese nach ökologischen Grundsätzen.

In der IDB habe er, so sagte er in einem seiner ersten Interviews als Umweltminister, 21 mal mehr verdient als ein guatemalteken Minister. Er habe sich als Gegengewicht zu den unternehmensnahen MinisterInnen gesehen, habe eine Mission gehabt. Für ihn sei der Klimawandel nicht nur ein Ereignis mit wirtschaftlichen Folgen, sondern eine Frage der Umweltgerechtigkeit: „Wir sind pro-Kopf-ProduzentInnen einer riesigen globalen Verschmutzung. Und wir werden deren Opfer sein. Es geht also bei politischen Verhandlungen nicht nur um Milderung der Folgen und Anpassungsmassnahmen, sondern um Reparation und Kompensation. Es gibt eine ökologische Schuld in diesem Land, die sich durch die Industrie an unserer Küste entwickelt. Es ist eine Frage der Bioethik, und die Umweltprinzipien gehen viel weiter als die Sozialdemokratie.“

Auf internationalen Parkett hat er für Kompensationen für Umwelterstörungen durch internationale Konzerne gestritten. An der 'Heimatfront' trat er dafür ein, dass Soldaten zu Verteidigern der Umwelt und der Naturschutzgebiete ausgebildet werden. Und gleichzeitig die Landesgrenzen schützen: sowohl gegen LandbesetzerInnen wie gegen multinationale Unternehmen oder Drogenhändler.

Was aber hat er tatsächlich bewirkt gegen die Unternehmenslobby im Kabinett? Mit einem Budget von 41,7 Mio. Q (= 3,5 Mio. €) im Jahr 2008, 98 Mio. Quetzals (= 9,6 Mio. €) im Jahr 2009 und schliesslich 117 Mio. Q (= 10 Mio. €) im Jahr 2010?

Wenn man sich nur die fortgesetzte Umwelterstörung durch die Minen in San Marcos, in der Franja Transversal, im Petén oder sonstwo in Guatemala anschaut, so mag man nicht so recht von Erfolgen sprechen. Womöglich wurde dem sich selbst als undiplomatisch und schwierig bezeichnenden Ferraté am Kabinettsstisch doch letztlich die Zähne gezogen. So wurden die Verträge mit PERENCO – trotz seines Widerstandes – nicht gestoppt, auch die Anzeige gegen Montana wegen Umwelterstörung in San Marcos, die er bei der Staatsanwaltschaft im Herbst 2010 angestrengt hatte, verlief im Sande.

Nach Auffassung von Manuel Casasola von der Internetzeitung y que? (Februar 2010) gibt es auch strukturelle Gründe für diese Nicht-Erfolge: Minen, grosse Infrastrukturprojekte und Naturschutzgebiete unterstanden nicht dem Umweltministerium. Entsprechende Reformen des Wassergesetzes wurden zwar angekündigt, aber nicht

umgesetzt. So verwaltet und dokumentiert das Umweltministerium zwar die Misere, dass täglich 73.000 Hektar Wald vernichtet werden, kann aber dagegen nicht einschreiten. Die Unternehmen sitzen auch deshalb am längeren Hebel, weil etwa das dem Umweltministerium unterstehende Nationale Waldinstitut (INAB) zwar für jedes Investitionsvorhaben eine Umweltstudie vorsieht, aber von den Strafzahlungen, die die Unternehmen zu zahlen haben, wenn sie eine solche nicht machen, profitieren.

Neben diesen strukturellen Problemen mögen manche Misserfolge auch an der Vorstellung gelegen haben, die der Minister von seinen Aufgaben hatte: er sehe sich als ein Normensetzer, nicht aber als Exekutive. Praktische Umweltpolitik sei Sache der Gemeinden. Zum anderen aber hat er auch nicht für Landreformen gekämpft, deren Fehlen z.B. zu den Landbesetzungen in Naturschutzgebieten beitragen.

Trotzdem wird Ferraté wohl als einer der besseren Minister in Erinnerung bleiben, einer, der bereits ein halbes Jahr nach Amtsantritt Todesdrohungen erhielt (¡Fijáte! 418), einer, der vieles versuchte, aber an den Strukturen der guatemaltekischen Politik mehr als einmal abprallte.

## **Busse nur für Frauen und Kinder**

**Guatemala, 15. Juni.** Seit dem 15. Juni verkehren in der guatemaltekischen Hauptstadt Busse, die Frauen und Kindern bis 12 Jahren vorbehalten sind. Das Transportsystem Transurbano bietet zu den Hauptverkehrszeiten von sechs bis sieben Uhr morgens sowie von halb sechs bis sieben Uhr abends diesen Service an. Die Busse sind durch ein rosa Banner oder durch die Aufschrift "Nur für Frauen" gekennzeichnet. Initiatorin des Projekts ist die FRG-Kongressabgeordnete und Generalstochter Zury Ríos, die von TeleSur lobend als „Verfechterin von Frauenanliegen“ bezeichnet wurde.

Männer, die sich wie üblich in gemischt-geschlechtliche Warteschlangen eingereiht hatten, hätten die Warteschlangen verduzt verlassen, nachdem sie von den "Frauenbussen" Kenntnis erhielten. In den Bussen habe es jedoch keine besonderen Vorkommnisse gegeben. Erste Umfragen unter den Nutzerinnen der Busse für Frauen ergaben, dass sich die Passagierinnen in der ausschliesslichen Gesellschaft von Frauen und Kindern tatsächlich sicherer fühlten.

Gemäss der Vereinigung der städtischen Bus-Unternehmen werden täglich rund zwölf Autobusse von bewaffneten Männern überfallen, welche die Passagiere berauben und oft die mitfahrenden Frauen sexuell missbrauchen. Ob die speziellen Frauenbusse vor Überfällen per se geschützt sind, wird sich weisen. Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung wäre es, wenn diese Busse von Frauen und nicht wie zurzeit von Männern gefahren würden.

## **Regierung zieht Minen-Lizenz zurück**

**Guatemala, 29. Juni.** Der Widerstand der betroffenen Gemeinden sowie die Missachtung einiger Vertragsbedingungen führte dazu, dass die guatemaltekische Regierung dem Unternehmen *Tikal Minerals* drei im Oktober 2009 ausgestellte Explorations-Lizenzen für die Pazifik-Küste wieder entzogen hat. *Tikal Minerals* ist eine Filiale der sino-australischen *Maya Iron Corporation*. Nach ersten Proben und Analysen an den Stränden der guatemaltekischen Südküsten bestätigte *Tikal Minerals* die Existenz von über 100 Milliarden Tonnen Eisen, was ca. 12% des weltweiten Eisenvorkommens ausmacht. Nebst *Tikal Minerals* verfügt auch das US-amerikanische Unternehmen *Firecreek Resources* über Lizenzen, um an der guatemaltekischen Pazifik-Küste den Abbau von Metallen zu prüfen. Zu *Firecreek Resources* gehört auch die *Quetzal Energy*, welche in Alta Verapaz eine Lizenz für Ölförderung besitzt.

Die gesamte Pazifik-Küste umfasst 5912 km<sup>2</sup>, die Lizenzen betrafen ein Gebiet von 292 km<sup>2</sup>. Gemäss Gianni Frosutto, einem italienischen Siderurgie-Experten, entdeckte man bereits vor 25 Jahren Eisenvorkommen an den guatemaltekischen Küsten. Man schickte 20 Tonnen Sand nach Italien und machte diverse Analysen. Resultat: Das Eisen enthielt Magnesiumkristalle, die sich auflösten, wenn man versuchte, das Eisen einzuschmelzen, was es verunmöglichte, das Magnesium vom Eisen zu trennen. Man beschloss zu jener Zeit, die Idee der Eisengewinnung aus guatemaltekischem Sand zu verwerfen. „Ich weiss nicht, ob es heute möglich ist“, sagte Frosutto im Mai 2010 gegenüber der guatemaltekischen Presse. Die Idee, die Strände der Südküste umzugraben, findet er einen ökologischen Irrsinn. Man wisse nicht, was passiere, wie lange das Meer brauche, um die Strände zurückzuerobern, was mit den Schildkröten und anderen Tieren geschehe, die dort ihren Lebensraum haben, sagte er in dem Interview.

Hoffnungsvoll stimmt jedoch die Begründung des Minen-Ministers Alfredo Pokus für den Rückzieher der Lizenz an der Südküste: „Wir wollten ein Exempel statuieren, um die soziale Stabilität in der Region zu wahren. Es wäre angesichts des Widerstands der Bevölkerung und der Rückweisung des Umweltverträglichkeitsgutachtens durch das Umweltministerium nicht sinnvoll gewesen, dem Projekt grünes Licht zu geben.“

Victoriano Ovando, Bürgermeister von Champerico und einer der Aktiven im Widerstand gegen die Mine, freut sich über den Entscheid der Regierung. Zusammen mit UmweltschützerInnen, lokalen UnternehmerInnen, der Kirche und Nichtregierungsorganisationen gründete er im Jahr 2010 die *BürgerInnenallianz für die Südküste*. Wirklich daran glauben, dass das Projekt vom Tisch ist, will er aber erst, wenn er ein formelles Dokument darüber in den Händen halte, sagte er gegenüber der Presse. *Tikal Minerals* hat unterdessen Rekurs gegen den Entscheid der Regierung eingereicht.

## Giammattei als Präsidentschaftskandidat

**Guatemala, 4. Juli.** Kaum drei Tage aus dem Gefängnis entlassen, gibt der Ex-Direktor des guatemaltekischen Gefängniswesens, Alejandro Giammattei, seine Präsidentschaftskandidatur für die Partei *Zentrum für soziale Aktion* CASA bekannt. Der Exfunktionär sei der Einladung des CASA-Generalsekretärs Mario Mazariegos gefolgt, dessen Anfrage ihn noch im Gefängnis erreicht hatte. „Ich sagte ihm, dass ich zuerst meine juristische Situation klären, meine Unschuld beweisen und meine Freiheit wiedererlangen wolle, bevor ich mich als Kandidat lanciere. Als ich freigelassen wurde, wiederholte CASA die Einladung, und ich akzeptierte sie“, so Giammattei. Er wolle die verbleibenden 70 Tage bis zur Wahl nutzen, um so viele WählerInnensympathien wie möglich zu gewinnen und so in die zweite Wahlrunde kommen. Als Vizepräsident kandidiert Mario García Frech, ehemaliger Arbeits-, aber vor allem auch Gefängnis-Kollege von Giammattei, angeklagt und freigesprochen in derselben Angelegenheit wie Giammattei. Den beiden wurden vorgeworfen, im September 2006 für die Exekution von sieben Gefangenen bei der Stürmung des Hochsicherheitsgefängnisses *El Pavon* verantwortlich zu sein.

Offenbar ist Giammattei ein gefragter Mann: Auch der Generalsekretär der *Demokratischen Union* UD, Manuel Conde Orellana, hofierte ihm mit einer Präsidentschaftskandidatur.

## Genozid-Beschuldigung gegen Otto Pérez Molina

**Guatemala, 5. Juli.** Drei MenschenrechtsverteidigerInnen reichten beim UN-Sonderbeauftragten für Folter Juan Méndez ein formales Plädoyer ein, in dem sie Otto Pérez Molina der Folter und des Genozids während der Zeit des bewaffneten Konflikts beschuldigen. Bei den drei Klägerinnen handelt es sich um die US-Amerikanerinnen Annie Bird, Co-Direktorin von Rigths Action, Jennifer Harbury, Menschenrechtsanwältin, und Kelsey A. Jones, Direktorin der Menschenrechtskommission für Guatemala – USA.

Pérez Molina war im Jahr 1982 als Militär im Ixil-Dreieck aktiv und direkt verantwortlich für die Folter und Ermordung des Kriegsgefangenen, Guerilleros und Ehemann von Jennifer Harbury, Efraín Bamaca Velasquez. Dem Plädoyer waren Videofilmaufnahmen aus dem Jahr 1992 beigelegt, die den damaligen Major Pérez Molina während eines Interviews mit dem US-amerikanischen Journalisten Allan Nairn in Nebaj zeigen. Hinter ihnen sind die Leichen von vier Personen auszumachen. Obwohl Pérez Molina das Interview unter einem anderen Namen gab, kann er problemlos durch seine Stimme und Gesichtszüge erkannt werden. Auch die Menschen im Ixil-Dreieck erinnern sich gut an ihn.

Otto Pérez Molina gilt als der aktuell aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat und bezeichnet sich selber als der „Kandidat des Friedens“. Gemäss dem Bericht der UN-Wahrheitskommission „Memoria del Silencio“ war das Militär in der Region Ixil für Folter, Genozid und die Zerstörung von 70% bis 90% aller Dörfer verantwortlich. Pérez Molina fungierte als Direktor des militärischen Geheimdienstes D-2, als am 12. März 1992 der Guerilla-Kommandant Efraín Bamaca noch lebend verhaftet und auf den Militärstützpunkt Santa Ana Berlin gebracht wurde. Gemäss dem nun eingereichten Plädoyer fand am selben Tag und am selben Ort ein Treffen auf höchster Ebene statt, an dem die anwesenden Offiziere beschlossen, Bamaca einem geheimen Programm für hochrangige Kriegsgefangene zu unterziehen. Dieses bestand in langfristiger Folter mit dem Ziel, den Gefangenen psychologisch zu brechen und ihn zur Zusammenarbeit mit dem D-2 zu zwingen. Bamaca wurde über ein Jahr lang brutal gefoltert – immer in den Räumlichkeiten des D-2, unter Aufsicht von D-2 Spezialisten und auf Befehl des D-2. Er wurde vom D-2 im ganzen Land herumgeschoben und zweimal von geheimen D-2 Todesschwadronen ins berüchtigte Militärgefängnis „La isla“ gebracht. Pérez Molina gilt als der intellektuell Verantwortliche für dieses und andere Kriegsverbrechen. Aus von der US-Regierung freigegebenen Dokumenten ist ersichtlich, dass die D-2 systematisch alle Kriegsgefangenen folterte, und sie danach entweder umbrachte oder zur Zusammenarbeit zwang. Im Jahr 1993 sprach die CIA von 300 solchen Gefangenen.

Der besagte Film ist zu finden auf:

[http://www.youtube.com/results?search\\_query=mikael+wahlfors+otto+perez&aq=f](http://www.youtube.com/results?search_query=mikael+wahlfors+otto+perez&aq=f)

## **Eilaktion zu Mord an Bananen-Gewerkschafter**

Guatemala, 29. Juni. Idar Joel Hernández Godoy, Finanzsekretär der Gewerkschaft der BananenarbeiterInnen im Department Izabal (SITRABI), wurde am Morgen des 26. Mai von bisher unbekanntem Tätern ermordet. Sie schossen von einem Motorrad aus auf Idar Hernández, als er in einem Auto der Gewerkschaft in Richtung Morales zum Sitz von SITRABI fuhr. Das war bereits der zweite Mord an einem SITRABI-Mitglied im Jahr 2011. Im April diesen Jahres wurde bereits Oscar Humberto González Vásquez, ein Kollege von Hernández Godoy, von Unbekanntem ermordet. Der SITRABI-Generalsekretär Noé Ramírez erklärte, die Situation seiner Gewerkschaft sei schlimmer als zur Zeit des Bürgerkriegs in Guatemala in den 1980er Jahren. Noés Bruder, Marco Tulio Ramírez Portela, SITRABI-Kultursekretär, war im September 2007 ebenfalls einem Mordanschlag zum Opfer gefallen.

Es gibt Vermutungen, die jüngsten Morde könnten mit einer Klage von SITRABI zusammenhängen, dass Guatemala nicht die im Freihandelsvertrag mit den USA (CAFTA) festgelegten Arbeitsrechts-Garantien erfüllt. Guatemala könnte mit einer Sanktion von 15 Millionen Dollar belegt werden. Zudem bereiten SITRABI und die Lateinamerika-Koordinierung der Bananengewerkschaften COLSIBA eine Konferenz über Soziale Unternehmensverantwortung und Arbeitsrecht für kommenden August vor. Zentrales Thema ist die Repression gegen Gewerkschaften an der südlichen Pazifikküste Guatemalas. Kurz vorher wird mit Beteiligung von SITRABI die 2. Gewerkschaftskonferenz gegen Straflosigkeit in Guatemala stattfinden.

Anfang Juni besuchte eine Delegation der europäischen Make Fruit Fair! – Kampagne die Region an der Karibikküste und bekam bei Gesprächen mit Idar Joels Familie und SITRABI einen Eindruck von dem Terror, den die Mörder der Gewerkschafter verbreiten. Die MitarbeiterInnen von SITRABI, die täglich um ihr Leben fürchten müssen, gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die ständige Bedrohungssituation durch internationale Solidarität überwunden werden kann. Die Gewerkschaft SITRABI organisiert seit mehr als 60 Jahren unter schwierigsten Bedingungen ArbeiterInnen im Bananenanbaugebiet von Izabal. Erfolgreich ist ihre Arbeit auf zwei Del Monte-Farmen, in denen mehr als 95% der ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert sind. Lohnhöhe, eine Basisgesundheitsversorgung und die Beachtung von Arbeitsrechten sind im Tarifvertrag verankert. Die Bananen aus Guatemala werden hauptsächlich an Supermarktketten in den USA verkauft. Seit einigen Jahren expandieren Bananenunternehmen an der südlichen Pazifikküste, weil es dort bisher keine Gewerkschaftsbewegung gibt. Das nutzen die Unternehmen aus, um massiv Arbeitsrechte zu missachten. Die Löhne liegen unter dem Existenzminimum, Ansätze für gewerkschaftliche Organisation werden mit Morden, Entlassungen und vielfachen Anfeindungen brutal unterdrückt.

Make Fruit Fair! unterstützt mit einer Eilaktion den internationalen Solidaritätsaufruf von SITRABI für Gerechtigkeit und fordert eine unabhängige Untersuchung der Fälle und die Verurteilung der Täter. Der fertige Briefftext auf deutsch und spanisch, der nur noch online unterschrieben werden muss, ist hier zu finden: <http://www.makefruitfair.de/mitmachen/urgent-actions/guatemala-mordserie-gewerkschaftem-muss-aufgeklärt-und-beendet-werden>

**¡Fijáte!**

<http://fijate.guatemala.de>

**Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Barbara Müller – [barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)  
Wiebke Schramm – [wibsca@gmail.com](mailto:wibsca@gmail.com)

**Erscheint vierzehntäglich**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht**

**Herausgegeben von**

Schweiz:  
Verein ¡Fijáte!  
2502 Biel  
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:  
Solidarität mit Guatemala e.V.  
Postbank Karlsruhe  
BLZ: 660 100 75  
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

**Abos:**

¡Fijáte!  
Barbara Müller  
Ankerstrasse 16  
8004 Zürich  
[barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)  
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!  
Christian Hagmann  
Am Bahnhof 6  
78315 Radolfzell  
[fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)  
E-Mail-Abo: Euro 50.-